

Bildungsbaustein

- Was wollen die Parteien?

Hintergrund und Einsatzbereich

Das folgende Modul wurde im Rahmen des Projektes Demokratie und Vielfalt in Sachsen - DuViS entwickelt. Die Entwicklung erfolgt im Hinblick auf die Wahlen auf Kommunal, Landtags-, sowie EU-Ebene im Jahr 2024. Ziel ist es den Teilnehmenden ein Verständnis von dem Aufbau und Ablauf der EU Wahlen inklusive konkreten Forderungen der Parteien darzulegen.

Anhand der Auszüge aus den einzelnen Wahlprogrammen sollen sie gestärkt werden die Forderungen kritisch reflektieren zu können und wenn möglich auch schon politisch einzuordnen. Sie sollen ihre Wünsche und Forderungen mit denen der Parteien abgleichen können und so mehr Wissen und Sicherheit erhalten, wie sie wählen können.

Ziele

TN wissen wann die Wahlen stattfinden

TN kennen die größten Parteien und die jeweiligen politischen Ausrichtungen

TN schulen ihre Fähigkeit sich kritisch mit (Wahl-)Inhalten auseinander zu setzen

Zielgruppe

Beschäftigte

Auszubildende

Teilnehmendenzahl

10-30 Menschen

Zeit

90 Min

Material

Ausdrucke der Forderungen

Tafel/bearbeitbare Präsentation

Raum

Während des Bausteins ist Bewegung im Raum vorgesehen. Der Raum sollte dies von der Größe her ermöglichen.



Die Inhalte wurden von DuViS - Demokratie und Vielfalt in Sachsen erstellt und unter der [Creative Commons Lizenz BY SA 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/) weitergegeben

ZIMM

Zeit	Ziel	Inhalt	Methode	Material
10 Min	TN wissen wie eine EU-Wahl / Landtagswahl abläuft	Input zum Thema EU Wahl	Video	https://www.youtube.com/watch?v=ODPRjs04CyM&t=3s
20 Min	TN lernen die wichtigsten Parteien für die EU Wahl kennen	Abfrage an das Plenum und Input/ Erläuterungen zu den Parteien und ihren Themenschwerpunkten	Präsentation	
40 Min	TN setzen sich mit aktuellen poli.Problemlagen auseinander und schulen ihre Diskuss.-kompetenz	Diskussion zu Einzelforderungen 20min in KG, Anschließende Vorstellung im Plenum mit Anpinnen zu vermuteter Partei + Diskussion 2 Aussagen pro KG, alle Gruppen sollen sich für jede "These" Vermutung anstellen von welcher Partei diese ist		Ausdrucke Der Einzelforderungen
20 Min	TN wissen was in den Wahlprogrammen der Parteien steht	Was wollen die Parteien? Auflösung welche Forderung zu welcher Partei gehört Diskussion im Plenum		

Anlage zu EU Wahl

Anlage 1: https://www.europaimunterricht.de/fileadmin/europaimunterricht/bilder/Europa-Wissen/Europawahl/Europawahl_2024_Wahlprogramme_Parteien_in_150_Zeichen.pdf

Die Parteien haben selbst ihre wichtigsten Themen durch ihre Pressestelle festgelegt. Moderativer Hinweis hierzu: Klarstellen, dass Parteien sich immer besonders gut darstellen wollen. Ist nicht gleich die Realität

Die Übung soll dienen einen grobe Richtung in die Parteienlandschaft und die Ausrichtung der Parteien zu erhalten.

Man kann die Übung mit Fragen begleiten, wie welche Lage/ Menschenbild vermittelt die xx Partei? z-B CDU und AfD setzen stark auf Ausschluss und suggerieren eine Bedrohung....

Außerdem kann die Ausrichtung der Parteien kurz anhand der Verteilung der Fraktionen erläutert werden, links die eher linken/ Sozialdemokratischen Fraktionen rechts die Rechtspopulisten... Also das Parteien unterschiedliche Richtungen verfolgen...

Anlage 2:

<https://www.europawahl-bw.de/europawahlprogramme>

Lösung des Rätsels

	Aussage 1	Aussage 2	Aussage 3	Aussage 4	Aussage 5	Aussage 6	Aussage 7
Lösung:	Die Grünen	CDU	SPD	BSW	Die linke	AfD	FDP

Moderativer Hinweis: Während der Diskussionen in den KG müssen die Gruppen auf jeden Fall betreut werden, um unverständliche Begriffe wie Dublin Verfahren, Drittstaaten, Tarifbindung... erläutern und einordnen zu können.

Die Gruppen sollen ihre Ergebnisse an die Tafel schreiben und daraufhin sollen im Plenum die Aussagen besprochen werden. Auch hier nachfragen, wie findet ihr das, ist das sinnvoll?

Als weitere Information und Vergleichsmöglichkeiten sind unten alle Aussagen der Parteien angefügt.

Anlage 3:

<https://www.wahl-o-mat.de/>

Alle TN sollen den Wahlmatten nutzen. Auch hier sollten die Teamer:innen bei Fragen zu den Aussagen unterstützen und erklären. Es soll auch darauf hingewiesen werden, dass das Ergebnis des Wahlmatten nicht einfach unkritisch übernommen werden soll, sondern auch bedacht sein muss, ob man mit der Partei auch wirklich übereinstimmt. Die TN sollen zum Schluss, wenn sie ihr Ergebnis mitteilen wollen, anonym auf einen Zettel ihre Partei schreiben, oder die Partei, die sie unabhängig vom Wahlmat Ergebnis wählen wollen. Die Zettel werden eingesammelt und ein Stimmungsbild an der Tafel gesammelt werden (optional).
Zuvor kann auch nochmal das Thema nicht Wahl besprochen werden.

Auszüge aus den Wahlprogrammen

	CDU	SPD	DIE GRÜNEN
Umwelt und Energie	Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft	Der Klimawandel bedroht uns in unserer menschlichen Existenz. Schnelles Handeln ist erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. Deutschland leistet dafür mit seinem Klimaneutralitätsziel 2045 einen wichtigen Beitrag. Damit die EU bis spätestens 2050 klimaneutral wird, unterstützen wir ein ambitioniertes wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040.	Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik EU-weit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Energieversorgung in der EU auf dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen

<p>Migration und Asyl</p>	<p>Wir brauchen eine bessere Überwachung der EU-Außengrenzen und - wo immer es nötig ist - auch baulichen Grenzschutz. Denn über die Einreise in die EU haben staatliche Behörden zu entscheiden und nicht kriminelle Netzwerke von Schleusern. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und mit 30.000 Grenzschützern werden, die irreguläre Migration wirksam aufhalten kann. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.</p> <p>Wir begrüßen, dass die EU mit Tunesien ein Partnerschaftspaket eingegangen ist. Wir brauchen mehr solcher Abkommen etwa mit Ägypten und ein erneuertes EU-Türkei-Abkommen.</p>	<p>Ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen in der Geflüchtetenpolitik ihren europäischen, wie völkerrechtlichen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommen. Wir fordern, dass die Verantwortung der Europäischen Union entsprechend der von allen Mitgliedsstaaten unterzeichneten Regelungen und Verpflichtungen auch tatsächlich solidarisch getragen wird.</p> <p>Wir konnten uns durchsetzen, dass allein einreisende Minderjährige grundsätzlich von einem Grenzverfahren ausgenommen sind. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Ausnahme auch für Familien mit Kindern und weitere vulnerable Gruppen gelten soll. Das Gleiche fordern wir für andere vulnerable Gruppen, bspw. für queere Schutzsuchende.</p> <p>Wir fordern bei der Gewährleistung des Außengrenzschutzes der EU die Einhaltung aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es unter keinen Umständen geben. Illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich eingestellt und sanktioniert werden.</p> <p>Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Die Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht. Zivile Seenotrettung, die diese Aufgabe und humanitäre Verantwortung übernimmt, Menschen aus Not zu retten, darf demnach auch nicht kriminalisiert werden und wird weiter von uns unterstützt</p>	<p>Das Dublin-System ist ungerecht und wird den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht. Wir setzen uns dagegen ein, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von Flüchtlingsrechten wird. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen,</p>
---------------------------	---	--	--

<p>Sozialpolitik</p>	<p>Die Tarifbindung soll erhöht werden. Eine europäische Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt.</p>	<p>Wir wollen starke Sozialpartnerschaften, faire Arbeitsbedingungen und hohe soziale Standards in einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Europa weiter stärken. Vor allem Unternehmen, die von staatlichen Subventionen und Transformationsprogrammen profitieren, stehen in der Pflicht, langfristig gute Arbeitsplätze in tariflicher Bindung in Europa zu bieten.</p>	<p>Wir wollen, dass die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU-Empfehlung, den Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln, verbindlich gemacht wird. So würde der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten spürbar steigen und auch in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen. Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden.</p>
<p>Digitalisierung</p>	<p>Zudem soll es eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht und stabiler digitaler Infrastruktur, z. B. in Form einer europäischen Cloud, geben. Es soll flächendeckenden Zugang zu 5G und 6G in jeder Region geben. Digitale Märkte sollen so viel Freiheit wie möglich und nur so viel Regulierung wie nötig bekommen</p>	<p>Ein europäischer Cloud-Anbieter, europäische Datenpools und Grundlagenforschung sollen die Digitalisierung in ganz Europa voranbringen.</p>	

<p>Außen und Verteidigungspolitik (Erweiterung)</p>	<p>Europa ist größer als die EU, aber die EU ist Europas Herz. Weil die EU durch immer neue Krisen von außen herausgefordert wird, ist es wichtiger denn je, dass Europa zusammenwächst. Der EU-Beitritt der sechs Westbalkan-Länder, der Ukraine und der Republik Moldau liegt im sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem Beitritt müssen alle Beitrittskriterien vollständig erfüllt sein.</p> <p>BSP VERBRENNER: Wir stehen zum Auto, unabhängig von der Antriebsart. Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dafür eine zentrale Rolle. Wir schreiben keine Technologien vor</p>	<p>Vor über 20 Jahren, hat die EU den Staaten des westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive gegeben. Nach jahrelanger Verzögerung ist es nun allerhöchste Zeit, die Staaten des westlichen Balkans zügig in die Mitte unserer Gemeinschaft aufzunehmen, wenn die Beitrittskriterien erfüllt sind. Wir wollen, dass die Ukraine und Moldau ein Teil der EU werden, sobald sie die Aufnahmekriterien erfüllen. Bürgerinnen und Bürger wie Regierung in beiden Ländern lassen keinen Zweifel daran, dass sie die europäische Idee zu leben bereit sind.</p> <p>Für eine erfolgreiche Osteuropapolitik wollen wir die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus und perspektivisch Georgiens schaffen und den Aufnahmeprozess in die EU politisch absichern. Mit der Erweiterung setzen wir ein klares Zeichen gegen die einseitigen Grenzverschiebungen durch Putins Russland, bekennen uns zum gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen, die nach Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie streben, den Zugang zu unserer Wertegemeinschaft.</p>	<p>Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt.</p>
---	--	---	--

<p>Europa</p>	<p>Es wird die Vision einer EU vertreten, die von starken Nationalstaaten getragen wird.</p>	<p>In einer aus den Angeln gehobenen Welt mit einem brutalen russischen Angriffskrieg auf dem europäischen Kontinent ist dieser Zusammenschluss wichtiger denn je. Wer Europa aufs Spiel setzt, wer Europas Einheit und Stärke angreift oder infrage stellt – egal ob von innen oder außen – greift die Grundlagen unseres Zusammenlebens an. Ein starkes Europa, das den Menschen Sicherheit gibt, steht deshalb im Zentrum unserer Politik und unseres Handelns. Es ist in unserem tiefsten nationalen Interesse, die Europäische Union weiterzuentwickeln und nach unseren Vorstellungen mitzugestalten.</p>	
---------------	--	---	--

<p>Gesundheitspolitik</p>	<p>Europäische Plegestrategie entwickeln. Wir brauchen verbesserte Netzwerke und innovative Strukturen für beste Pflege und weniger Einsamkeit. Eine Verlagerung von Zuständigkeiten auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir einen besseren Austausch im Bereich Pflege, bessere Forschungsförderung und eine bessere Gewinnung von Pflegekräften.</p> <p>In der Gesundheitspolitik fordern die Parteien eine europäische Gesundheitsunion, in der Wissen und Innovationen ausgetauscht werden. Daher wird die Forderung nach einem gemeinsamen Gesundheitsdatenraum auf Basis von Datenschutzrichtlinien unterstützt. Die digitale Europäische Patientenakte soll umgesetzt werden. Des Weiteren soll es Prävention und die europaweite Ächtung von Drogen geben. Die Legalisierung von Haschisch, Cannabis oder anderen Drogen wird entschieden abgelehnt.</p>	<p>Wir wollen im Bereich Forschungsförderung, Genehmigungsverfahren und Datennutzung enger zusammenarbeiten sowie im europäischen Vergleich die besten Verfahren finden und als Grundlage der Harmonisierung nutzen.</p> <p>Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass sich der Zugang von Patientinnen und Patienten zu lebensrettenden Medikamenten verbessert.</p>	<p>Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in der EU – einschließlich direkter Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern</p> <p>Wir bekennen uns zu den Zielen des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der Raucher*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5 Prozent fallen.</p> <p>Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU und aus dem Ausland.</p>
---------------------------	---	---	---

	AFD	BSW
Umwelt	<p>Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist nicht Aufgabe der EU, über das Wie und Ob von Antriebstechnologien von Kraftfahrzeugen zu bestimmen. Die AfD setzt sich generell für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein.</p> <p>Die AfD lässt nicht zu, dass der Mensch anhand seines CO₂-Abdrucks beurteilt wird. Wir teilen die irrationale CO₂-Hysterie nicht, die unsere Gesellschaft, Kultur und Lebensweise strukturell zerstört. Wir stehen für Freiheit, Fortschritt und Wissenschaft! Wir wollen keine EU-Grenzwerte, die Klimalobbyisten gegen die elementarsten Interessen Deutschlands durchsetzen können.</p>	<p>Die Senkung der Energiekosten und die Herstellung von Energiesicherheit: Wir wollen die Öl- und Gaslieferung aus Russland wieder aufnehmen und langfristige. Energieverträge schließen. Der Kauf von teurem LNG aus Fracking Gas ist wirtschaftlich, sozial und klimapolitisch keine sinnvolle Alternative zu Pipelinegas</p>

<p>Migration Asyl</p>	<p>Erforderlich ist ein strikter Grenzschutz, verbunden mit der Abweisung illegaler Migranten – soweit möglich an den Außengrenzen der EU, soweit nötig an der deutschen Grenze. Falls Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch Aufnahme finden („Ruanda-Modell“)</p> <p>Das Schengener Abkommen bedarf daher einer umfassenden Reform, damit die souveränen Nationalstaaten durch effizienten Grenzschutz die eigene Innere Sicherheit wieder gewährleisten können. Dazu gehört auch eine konsequente Zurückweisung von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen an den Schengen-Außengrenzen durch eine entsprechend ausgerüstete und gemeinsam finanzierte Frontex-Einheit.</p>	<p>Wir wollen die unkontrollierte Migration in die EU stoppen, den Schlepperbanden das Handwerk legen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. Es darf nicht kriminellen Schlepperbanden überlassen werden, wer Zugang zur EU bekommt: Die Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus sollten daher an den EU-Außengrenzen oder in Drittländern erfolgen</p> <p>Wir wollen die unkontrollierte Migration in die EU stoppen, den Schlepperbanden das Handwerk legen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. Es darf nicht kriminellen Schlepperbanden überlassen werden, wer Zugang zur EU bekommt: Die Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus sollten daher an den EU-Außengrenzen oder in Drittländern erfolgen</p>
-----------------------	--	---

<p>Sozialpolitik</p>	<p>Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Diese Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.</p> <p>Jegliche Versuche der EU, Mindeststandards in den EU-Mitgliedstaaten einzuführen, betrachten wir als Verstöße gegen die Europäischen Verträge. Die EU-Sozialcharta halten wir für überflüssig.</p>	<p>Faire Arbeitsbedingungen und Löhne. Spätestens bis Ende 2024 muss die EUMindestlohn- Richtlinie umgesetzt sein: Mindestlöhne sollen mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten erreichen. Dies würde in Deutschland einem Mindestlohn von 14 Euro entsprechen – und erfordern, dass der Mindestlohn hierzulande angehoben wird.</p> <p>Good to know: Einen Rückbau militärischer EU-Strukturen und Instrumente: Die in den letzten Jahren aufgebauten militärischen Strukturen wie die PESCO, den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF), die Europäische Friedensfazilität (EFF) zur Finanzierung von EU-Militäreinsätzen</p> <p>Den Ukraine-Krieg auf dem Verhandlungsweg beenden: Wir fordern einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Um Russland zur Aufnahme von Verhandlungen zu motivieren, sollte für diesen Fall der sofortige Stopp aller Rüstungsexporte in die Ukraine angeboten werden.</p>
----------------------	--	---

Digitalisierung	<p>Die Freiheitsrechte der Bürger dürfen durch Digitalisierung nicht eingeschränkt werden. X Die EU muss von Plattformanbietern die Offenlegung und Einstellung aller Zensur-Aktivitäten einfordern.</p> <p>Die Regulierung der Digitalisierung muss in nationaler Hand liegen</p>	<p>Zunehmend sollen über EU-Haushaltsmittel auch der umweltverträgliche Umbau der Wirtschaft und die Erreichung der Klimaziele sowie Maßnahmen der Digitalisierung unterstützt werden.</p>
Europa	<p>Die EU hat sich zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das immer mehr Gewalt an sich zieht und von einer intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratie regiert wird. Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt. Der Versuch, funktionierende demokratische Nationalstaaten aufzulösen und durch eine Art europäischen Superstaat zu ersetzen, ist zum Scheitern verurteilt</p> <p>Angesichts der Tatsache, dass die EU nicht reformierbar ist, treten wir für die Gründung eines Bundes europäischer Nationen ein.</p> <p>Sprich sich gegen jegliche Erweiterung aus..</p>	<p>Wir wollen dazu beitragen, dass die Europäische Union sich auf ihre politische, wirtschaftspolitische und sicherheitspolitische Eigenständigkeit besinnt und so primär die Interessen der Bürger der Mitgliedsstaaten der Union vertritt. Europa muss</p> <p>Ein Moratorium für die EU-Erweiterung und einheitliche Kriterien für alle Länder. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlung mit der Ukraine, Moldau und Georgien lehnen wir ab.eigenständiger Akteur auf der Weltbühne werden</p>

<p>Gesundheitspolitik</p>	<p>Eine Einflussnahme der EU auf den Betrieb und die Finanzierung von Krankenhäusern in Deutschland sowie eine weitere Privatisierung lehnt die AfD daher ab. Dies gilt sinngemäß auch für stationäre Pflegeeinrichtungen und für Medizinische Versorgungszentren (MVZ)</p> <p>Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender Mainstreaming“ Was in Deutschland bereits in Gesetzesform vorliegt, soll auf EU-Ebene als verbindliches „Recht“ für alle Bürger eingeführt werden. Das lehnen wir strikt ab. Auch der Frühsexualisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die entsprechenden Vorschub leisten soll, muss entschieden entgegengetreten werden.</p> <p>Zu Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann weder Vertrauen aufgebaut werden, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen darstellen</p>	<p>Dafür brauchen wir eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge und deutlich mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen.</p>
<p>Erweiterung</p>	<p>Lehnt ab (Infos raussuchen)</p>	<p>Ein Moratorium für die EU-Erweiterung und einheitliche Kriterien für alle Länder. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlung mit der Ukraine, Moldau und Georgien lehnen wir ab.</p>

	Die Linke	FDP
Umwelt	<p>Die EU muss die Städte und Kommunen dabei unterstützen, Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen – Klimaanpassung wird Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Alle Städte und Kommunen sollen verpflichtet werden, Hitzeaktionspläne und Starkregengefahrenkarten zu erstellen. Pegelstandmessung und Hochwassermonitoring sollen europaweit auch kleine Flüsse, Ströme und Bäche umfassen.</p>	<p>Um den Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, stellen wir auf EUEbene die Weichen für eine weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dafür wollen wir Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beschränken</p> <p>Energiesicherheit und effektiven Klimaschutz durch Technologieoffenheit und Marktwirtschaft erreichen und die europäische Infrastruktur auf die Zukunft ausrichten</p> <p>Wir wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhauslimit vorgibt</p>

<p>Migration</p>	<p>Die Militarisierung der EU-Außengrenzen und die militärische „Unterstützung“ von Drittstaaten zur Vorverlagerung der europäischen Grenzen zum Zweck der Migrationsabwehr sind brutal, inhuman und verletzen massiv die Charta der Europäischen Grundrechte. Das destabilisiert die Gesellschaften.</p> <p>Die Linke steht für eine solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik, die die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und insgesamt die Menschenrechte und die Humanität zum Maßstab ihres Handelns nimmt</p> <p>§ Eine Vorverlagerung der Grenzabwehr, sei es in Afrika oder sonst wo, lehnen wir ab. Keine Deals mit Diktaturen! § Seebrücken und Fähren statt Frontex! Frontex muss umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission. § Wir fordern einen effektiven und ausfinanzierten Überwachungsmechanismus gegen Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen. § Seenotrettung ist nicht nur legal, sie ist nach dem internationalen Seerecht Pflicht. Es braucht eine EU-finanzierte Seenotrettungsmission, um das Massensterben auf dem Mittelmeer zu beenden und die Ausschiffung in einen sicheren Hafen in der EU zu gewährleisten.</p> <p>Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge müssen verbindliche Flüchtlingsrechte bekommen. Niemand flieht freiwillig!</p>	<p>Europa muss stärker werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen überzeugt sein: Europas Grenzen sind sicher, irreguläre Migration wird strikt unterbunden, ausreisepflichtige Personen werden zügig zurückgeführt, der Rechtsstaat wird überall in Europa konsequent durchgesetzt und eine schlagkräftige Europäische Armee ist im militärischen Ernstfall zum Schutz der Menschen, der Demokratie und der Interessen Europas einsatzbereit</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen den Kurs der neuen Realpolitik in der Migration konsequent umsetzen und weiter vorantreiben – für mehr Kontrolle und Ordnung. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die grundlegende EUAsylreform zum Erfolg führen und beweisen, dass sie insbesondere mit schnelleren Asylverfahren und konsequenten Rückführungen irreguläre Migration wirksam reduzieren können</p> <p>Wir befürworten die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen. Wir wollen, dass Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur Anerkennung des Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können</p>
------------------	--	--

<p>Sozialpolitik</p>	<p>Wir wollen den Reichtum von den Profiten zu den Löhnen verschieben: Die Gewinne der Unternehmen in Europa sind durch die Decke gegangen, die Löhne und Gehälter werden von den Preissteigerungen aufgebraucht. Die Inflation wird von den Profiten der Konzerne angetrieben</p> <p>Wir wollen den privaten Reichtum zum Öffentlichen verschieben: Hohe Vermögen und Konzerngewinne müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens überall in der EU beitragen. Für soziale Sicherheit und verlässliche öffentliche Dienstleistungen und Strukturen, für Investitionen in den klimagerechten und sozialen Umbau unserer Wirtschaft. Das ist auch ein Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der EU.</p> <p>Wir wollen den Reichtum von oben nach unten lenken: Wir wollen soziale Mindeststandards durchsetzen und Armut in Europa abschaffen</p> <p>Eine 4-Tage-Woche ist genug: kurze Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir schlagen dafür eine Verkürzung auf etwa 30 Stunden pro Woche vor (bzw. eine 4-Tage-Woche): flexibel über die Berufsbiografie zu wählen. Wir wollen Modellprojekte dazu fördern. Arbeitszeitverkürzung darf nicht zur Verdichtung der Arbeit führen!</p> <p>Die zunehmende Kriminalisierung sozialer Bewegungen in der EU muss gestoppt werden. Protest und ziviler Ungehorsam sind legitim und nötig für eine lebendige Demokratie</p>	<p>Bei der beruflichen Bildung wollen wir besonders dafür werben, jungen Menschen europäische Perspektiven im Handwerk und den dualen Ausbildungsberufen aufzuzeigen. Zur Förderung von sozialem Engagement und kulturellem Austausch in Europa wollen wir zudem grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen erleichtern und den Europäischen Freiwilligendienst sowie den Kultur- und Sportaustausch zwischen den Mitgliedstaaten stärken.</p>
----------------------	--	--

<p>Außen/ Verteidigungspol. Erweiterung</p>	<p>Die Linke wird sich gegen eine ausschließlich ökonomisch intendierte, interessengeleitete Erweiterungspolitik einsetzen, die letztlich den europäischen Binnenmarkt abschotte</p>	<p>Wir unterstützen diesbezüglich die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2023. Die Kandidaten müssen vor einem Beitritt selbstverständlich alle Kriterien erfüllen. Auf diesem Weg wollen wir die Länder unterstützen,</p> <p>Eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kann kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein.</p>
<p>Digitalisierung</p>		<p>Wir wollen die Verwaltung in den Mitgliedstaaten digitalisieren. Dazu wollen wir eine Europäische Digitale Identität stärken und die Mitgliedstaaten verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen digital, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen.</p> <p>Die Einführung eines digitalen Euro als Ergänzung zum bestehenden Bargeld begleiten wir konstruktiv</p>
<p>Europa</p>	<p>Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir eine bedarfsdeckende Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens: Krankenhäuser und Pflegeheime zurück in die öffentliche Hand!</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Europa eine gemeinsame Antwort auf die außenund sicherheitspolitischen Realitäten findet. Denn diese haben sich seit der letzten Europawahl vor fünf Jahren so fundamental verändert, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dafür sind wir streitbar in Europa</p>

<p>Gesundheitspolitik</p>	<p>Die EU-Politik muss verbindliche Mindeststandards setzen, die allen in der EU lebenden Menschen garantiert werden. Diese Mindeststandards sollten Umfang und Qualität der Versorgung bestimmen. Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten haben, dies zu erreichen, müssen Unterstützung der EU erhalten. Non-Profit. Gesundheitsversorgung muss Vorrang erhalten.</p> <p>Die ambulante Versorgung für Menschen mit psychischer Krankheit muss europaweit flächendeckend ausgebaut werden</p> <p>Wir brauchen europäische Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege mit verbindlichen Personalschlüsseln (Personalbemessung).</p> <p>Keine Profite mit der Pflege: Wir wollen, dass Pflegekonzerne keine Gewinne ausschütten dürfen. Überschüsse müssen zurück in die Pflege fließen. Wir wollen Pflegekonzernen die Börsenzulassung entziehen</p> <p>Es braucht ein europaweit koordiniertes Ausbildungsprogramm für Gesundheitsversorgung, Pflege und Geburtshilfe. In allen Ausbildungsbereichen müssen die Themen Armut, soziale Benachteiligung, Sozialmedizin wesentliche inhaltliche Bestandteile sein.</p>	<p>Wir fordern, dass das Recht auf die gesundheitliche Versorgung mit einem sicheren Schwangerschaftsabbruch in Europa gewährleistet werden muss und dass die reproduktiven Rechte in allen Mitgliedstaaten geachtet werden müssen. Wir sprechen uns für einen europaweiten Endometriose-Aktionsplan aus.</p> <p>Wir wollen die Kooperation zwischen der EU und der Weltgesundheitsorganisation ausbauen und die Implementierung der globalen Gesundheitsstrategie der EU entschlossen vorantreiben. Wir wollen einen gemeinsamen Europäischen Gesundheitsdatenraum schaffen, der die Versorgung verbessert, Innovationen ermöglicht und den Anforderungen des Datenschutzes genügt. Wir wollen die Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren und Zulassungsverfahren beschleunigen, ohne Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen</p>
---------------------------	--	---